

Ltd. KVD Keusen äußerte, die Frage nach den Zielen der Kulturstiftung könne zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht bis ins Detail, sondern nur grundsätzlich beantwortet werden. Die Kulturstiftung sei als Ergänzung und auch Gegenpol zu der Beethovenstiftung gedacht, die der Kulturförderung im großstädtischen Raum dienen solle. Die Kulturstiftung dagegen habe das Ziel, besonders förderungswürdige kulturelle Aktivitäten im Kreisgebiet, insbesondere im ländlichen Umfeld, zu unterstützen.

Umfang und Zielrichtung der Förderung sollten sich von der derzeitigen Kulturförderung im Rahmen des Haushaltes unterscheiden, die mit kleineren Beträgen einzelne Kulturmaßnahmen im Rhein-Sieg-Kreis unterstütze. Die Stiftung solle nicht dazu dienen, in gleichem Maße eine Vielzahl ähnlicher Projekte fördern zu können; die Förderung durch die Kulturstiftung werde sowohl im Hinblick auf den finanziellen Umfang als auch hinsichtlich der Zielsetzung über die bisherige Praxis hinausgehen. Nach den ersten Überlegungen wolle man Projekte fördern, mit denen man eine gewisse Kreisidentität schaffen und Leuchttürme setzen könne – für diese Projekte benötige man finanzielle Mittel in größerem Umfang. Auch wenn man keine institutionelle Förderung im eigentlichen Sinne betreiben wolle, gebe es die Idee, Kulturprojekten im Rhein-Sieg-Kreis über einen gewissen Zeitraum hinweg ein professionelles Management bzw. eine professionelle Projektsteuerung durch Stiftungsmittel zu ermöglichen. In diesem Bereich bestehe derzeit eine Förderungslücke.

Diese ersten Ideen sollten in den politischen Gremien ausgestaltet werden, so Ltd. KVD Keusen. Die Verwaltung der Stiftung solle durch die Kulturabteilung erfolgen. Die damit verbundenen Kosten seien von den Zielen der Kulturstiftung abhängig. Nach den derzeitigen Überlegungen werde die Stiftung nicht oder nur in sehr begrenztem Maße operativ tätig werden; eigene Veranstaltungen seien nicht das primäre Ziel. Davon ausgehend, dass man hauptsächlich fördernd tätig werde, könne die Aufgabe im Rahmen der bestehenden Struktur wahrgenommen werden.

Wer über die Verteilung der Mittel aus der Kulturstiftung entscheide, werde die Satzung regeln – üblicherweise liege die Kompetenz bei Vorstand und Beirat, daran würden in der Regel auch Vertreter aus der Politik mitwirken.

Ltd. KVD Keusen erläuterte, die jährlichen Kosten beliefen sich aufgrund der günstigen Kommunalkredite auf jährlich 2.500,- Euro. Hierbei handele es sich um die Differenz zwischen den Kosten für die Aufnahme der Stiftungsmittel am Kapitalmarkt und den aus der Anlage dieser Mittel resultierenden Erlösen.

Die Rendite werde auf Basis der aktuellen Zinssätze mit 120.000 bis 150.000 Euro pro Jahr beziffert, so Ltd. KVD Keusen.

Der Vorsitzende Solf sicherte zu, der Kulturausschuss werde am Entscheidungs- und Entstehungsprozess beteiligt. Er erläuterte, die Schwierigkeit für viele Projektträger bestehe darin, einen qualifizierten und aussichtsreichen Förderantrag zu stellen, insofern sei es wünschenswert, hierbei Unterstützung zu ermöglichen.

Auf Frage der Abg. Thiel teilte Ltd. KVD Keusen mit, der Zeitplan für die Errichtung der Stiftung sei abhängig vom nicht genau bestimmbareren Zeitpunkt der Haushaltsgenehmigung. Das Jahr 2008 werde sich dann als Anlaufphase gestalten, während der die Satzung fertig zu stellen und die Gremien zu bilden seien.

Abg. Dr. Lamberty äußerte, er habe Bedenken gegenüber der Kulturstiftung. Diese richteten sich nicht gegen die Kulturstiftung, sondern vielmehr gegen das Verfahren. Er sei der Meinung, man solle nicht weiter mit Stiftungen, Fonds oder anderen Sonderanlagen operieren. Auf diesem Wege entmächte man sich als gewählter Abgeordneter des Rhein-Sieg-Kreises letztlich selbst, weil man die Verantwortung für öffentliche Mittel an Gremien, Beiräte oder vergleichbare Einrichtungen abtrete; dabei solle die Entscheidung vielmehr in der Hand der gewählten Vertreter liegen. Wenn man Projekte fördern wolle, dann sollten die dazu erforderlichen Mittel aus dem regulären Kreishaushalt stammen und die Entscheidungskompetenz hierüber dem Kulturausschuss zustehen, nicht einer Stiftung, in der für die Bevölkerung mehr oder weniger unbekanntere Vertreter säßen. Den Abgeordneten obliege auch die

Kontrolle über die Verwendung der öffentlichen Mittel. Darüber hinaus sei die Stiftung teuer. Wenn man die drei Millionen Euro am Kapitalmarkt für einen geschätzten Zinssatz von fünf Prozent aufnehme, fielen jährlich Zinsen in Höhe von 150.000 Euro an. Wenn man durch die Kapitalanlage dann eine Rendite in Höhe von 120.000 bis 150.000 Euro erzielen werde, sei dies für ihn ein Verlustgeschäft. Stiftungen solle man bilden, wenn man Kapital habe, das eine rentierliche Anlage suche und mit dem man dann gute Zwecke verfolgen könne. Der entscheidende Kritikpunkt sei, dass die Finanzierung in diesem Falle „auf Pump“ erfolge, was die kreisangehörigen Kommunen über die Kreisumlage letztlich finanzierten, so Abg. Dr. Lamberty. Es handele sich um ein Nullsummenspiel, das kein Ergebnis erziele. Man schaffe auf diesem Weg zusätzliche Verwaltung und zusätzliche Kosten. Bei direkter Finanzierung über den Kreishaushalt und bei Kontrolle durch den Kulturausschuss werde man vermutlich finanziell günstiger operieren können als durch eine solche Stiftung. Er habe bei allem Wohlwollen für die vielleicht damit verbundenen kulturpolitischen Ziele erhebliche Bedenken, dass dies der richtige Weg sei.

Abg. Eichner äußerte, er sehe im Gegensatz zu Abg. Dr. Lamberty Stiftungsmodelle grundsätzlich positiv. Stiftungen hätten den Vorteil, dass die finanziellen Mittel verfügbar seien. Bei Finanzierung über den Kreishaushalt sei die Abhängigkeit von der finanziellen Gesamtsituation des Kreises gegeben, so dass keine kontinuierliche Förderung möglich sei, die die Stiftungsmittel jedoch ermöglichten. Er befürchte auch keinen Kontrollverlust, denn es sei ja bereits darauf hingewiesen worden, dass die Politik in den Stiftungsgremien vertreten sein werde. Positiv sei zudem die Möglichkeit von Zustiftungen, wie sie auch bei der Stiftung Illustration erfolgt seien. Insofern sei eine Stiftung unter dem kulturellen Aspekt grundsätzlich positiv zu betrachten, auch wenn die Problematik der Finanzierung noch im Raum stehe.

Abg. Hurnik nahm Bezug auf seine Mitgliedschaft im Finanzausschuss, in dem thematisiert worden sei, warum eine Stiftung der bessere Weg sei als die von Abg. Dr. Lamberty vorgeschlagene Finanzierung über den Kreishaushalt. Die Kultur als freiwillige Leistung sei – wie Abg. Eichner bereits ausgeführt habe – bei finanziellen Engpässen stets die erste Position, die auf dem Prüfstand stehe. Mit einer Stiftung könne man bestimmte Projekte im kulturellen Bereich dagegen langfristig absichern, so Abg. Hurnik. Die Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement sei in diesem Zusammenhang ebenfalls von Vorteil. Der neue kommunale Haushalt zeige, dass alle Positionen, die sich im Vermögen des Kreishaushaltes befänden – dazu gehörten auch Stiftungen, sofern sie zu Hundert Prozent im Eigentum des Rhein-Sieg-Kreises seien – den Kreis bei der Schuldenaufnahme insgesamt nicht belasteten, sondern auch dort als durchlaufender Posten betrachtet würden. Insofern handele es sich um ein Nullsummenspiel nach innen, nicht jedoch nach außen. Aufgrund der gegenwärtigen finanziellen Situation könne man mit Kommunalkrediten – auch künftig - günstig Kapital aufnehmen. Andererseits jedoch seien die Banken bereit, für das angelegte Kapital relativ hohe Zinsen zu gewähren, so dass man hoffe, mit der langfristigen Anlage des Vermögens einen guten Gewinn für die Kultur und auch den Haushalt des Kreises zu erzielen. Aus diesem Grunde sei der Vorschlag der Stiftung entstanden, um viele Diskussionen, die man bei den Haushaltsberatungen im Bereich Kultur auch hinsichtlich kleinerer Förderbeträge erlebe, zu vermeiden. Abg. Hurnik nahm Bezug auf die Ausführungen des Ltd. KVD Keusen und unterstrich, Ziel sei nicht die Förderung einer Vielzahl von Kleinstprojekten, sondern die gezielte Förderung von über das Kreisgebiet hinaus attraktiven Projekten, die eine größere Startförderung über einen gewissen Zeitraum benötigten. Mit einem Betrag von 130.000 bis 140.000 Euro pro Jahr könne man ein echtes Signal für die Kulturentwicklung im Rhein-Sieg-Kreis setzen, so Abg. Hurnik. Unter Berücksichtigung der weiteren geplanten Stiftung mit Schwerpunkt Bonn und der Wechselwirkung zwischen diesen beiden Stiftungen halte er die Einrichtung einer Kulturstiftung für zukunftsweisend. Da es sich um eine hundertprozentige Stiftung des Rhein-Sieg-Kreises handeln werde, habe er keine Bedenken, dass die Mitglieder des Kulturausschusses dort nicht entsprechend vertreten seien.

Abg. Köhler unterstützte die Ausführungen des Abg. Eichner und des Abg. Hurnik und ergänzte, entscheidend sei, dass man mit jährlich 2.500 Euro einen Betrag von 120.000 Euro bis 150.000 Euro für die Kulturarbeit zur Verfügung stellen könne. Dies sei den anderen Varianten vorzuziehen, bei denen die Kulturförderung von der jeweiligen finanziellen Gesamtsituation abhängig sei.

SkB Heckeroth legte dar, allen Fraktionen sei bekannt, dass bei den Haushaltsberatungen stets angeregt werde, im Kulturbereich Mittel einzusparen. Wenn man durch die Kulturstiftung in die Lage versetzt werde, Projekte anzustoßen oder zu unterstützen, dann sei dies der richtige Weg; nur so könne man weitere Möglichkeiten ausschöpfen und sei nicht auf die im Rahmen des Haushalts zur Verfügung stehenden

geringen Förderbeträge beschränkt.

Abg. Dr. Lamberty äußerte, bisher sei nicht deutlich geworden, wie die genannten Summen finanziert werden sollten. Es sei klar geworden, dass die Geldanlage kreditfinanziert werde und gar nicht so viel Rendite erbringe, dass man auf längere Dauer größere Projekte finanzieren könne. Die interne Verrechnung nach NKF sei für ihn irrelevant, entscheidend sei, dass einerseits eine Kreditaufnahme erforderlich sei und andererseits normalerweise Renditen unter den Kosten für Kredite lägen. Auch wenn dies im Augenblick aufgrund der Situation auf den Finanzmärkten kurzfristig anders sein möge, werde sich dieses Verhältnis jedoch langfristig wieder normalisieren. Bis jetzt habe er von keinem der Vorredner eine verlässliche Aussage erhalten, wie durch die Stiftung die genannten Summen erwirtschaftet werden könnten, um die von Ltd. KVD Keusen angedeuteten Projekte zu finanzieren.